

Gesetz-Sammlung

für die

Königlichen Preußischen Staaten.

Nr. 15.

Inhalt: Dritte Nachtrags-Verordnung, betreffend die Käutionen der Beamten aus dem Bereich des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, S. 279. — Verordnung, betreffend die Käutionen von Beamten aus dem Bereich des Finanzministeriums, S. 280. — Allerhöchster Erlass, betreffend das Rangverhältnis der auf Grund des Gesetzes über die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung vom 26. Juli 1880 anzustellenden Ober-Präsidialräthe, S. 281. — Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für den Bezirk der Stadt Hannover, mit Ausschluß der Altstadt Hannover, S. 281. — Bekanntmachung der nach dem Gesetz vom 10. April 1872 durch die Regierungs-Amtsblätter publizirten landesherrlichen Erklasse, Urkunden &c., S. 282.

(Nr. 8786.) Dritte Nachtrags-Verordnung, betreffend die Käutionen der Beamten aus dem Bereich des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten. Vom 23. März 1881.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen &c.
verordnen auf Grund der §§. 3, 7, 8 und 14 des Gesetzes, betreffend die Käutionen der Staatsbeamten, vom 25. März 1873 (Gesetz-Sammel. S. 125), was folgt:

Einziger Paragraph.

Den nach den Verordnungen vom 20. Juli 1874 (Gesetz-Sammel. S. 283), 17. September 1875 (Gesetz-Sammel. S. 584) und 5. April 1880 (Gesetz-Sammel. S. 257) zur Käutionsleistung verpflichteten Beamtenklassen aus dem Bereich des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten tritt der Dekonomie- und Stations-Inspektor des chirurgisch-klinischen Instituts der Universität Berlin hinzu, welcher eine Amtskäution von 500 Mark zu leisten hat. Im Uebrigen finden die Vorschriften der vorgedachten Verordnung vom 20. Juli 1874 Anwendung.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Berlin, den 23. März 1881.

(L. S.)

Wilhelm.

Bitter. v. Puttkamer.

(Nr. 8787.) Verordnung, betreffend die Käutionen von Beamten aus dem Bereiche des Finanzministeriums. Vom 20. April 1881.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen w.
verordnen auf Grund des §. 3 des Gesetzes, betreffend die Käutionen der Staatsbeamten, vom 25. März 1873 (Gesetz-Sammel. S. 125), was folgt:

Einziger Paragraph.

Den in der Anlage zu §. 1 der Verordnung vom 10. Juli 1874, betreffend die Käutionen der Beamten aus dem Bereiche des Staatsministeriums und des Finanzministeriums (Gesetz-Sammel. S. 260), unter I A Nr. 10 und 11 verzeichneten Käutionspflichtigen Beamten im Bereiche der Verwaltung für das Etats- und Kassenwesen tritt die Beamtenklasse der Kassirerassistenten hinzu.

Die Höhe der Käution beträgt für den Kassirerassistenten bei der Ministerialbaukasse in Berlin 1800 Mark und für Kassirerassistenten bei den Bezirkshauptkassen in der Provinz Hannover 1200 bis 1800 Mark.

Im Uebrigen finden die Vorschriften der vorgedachten Verordnung auch auf diese Beamtenklasse Anwendung.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Berlin, den 20. April 1881.

(L. S.)

Wilhelm.

Bitter.

(Nr. 8788.) Allerhöchster Erlass vom 11. April 1881, betreffend das Rangverhältniß der auf Grund des Gesetzes über die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung vom 26. Juli 1880 anzustellenden Ober-Präsidialräthe.

Auf den Bericht des Staatsministeriums vom 30. März d. J. will Ich den auf Grund des Gesetzes über die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung vom 26. Juli 1880 anzustellenden Ober-Präsidialräthen den Rang der Ober-Regierungsräthe hierdurch verleihen.

Berlin, den 11. April 1881.

Wilhelm.

Gr. zu Stolberg. v. Kameke. Maybach. Bitter. v. Puttkamer.
Lucius. Friedberg. v. Boetticher.

An das Staatsministerium.

(Nr. 8789.) Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für den Bezirk der Stadt Hannover, mit Ausschluß der Altstadt Hannover.
Vom 25. April 1881.

Auf Grund des §. 35 des Gesetzes über das Grundbuchwesen in der Provinz Hannover (Gesetz-Sammel. 1873 S. 253 und Gesetz-Sammel. 1879 S. 11) bestimmt der Justizminister, daß die zur Anmeldung von Ansprüchen behufs Eintragung in das Grundbuch im §. 32 jenes Gesetzes vorgeschriebene Ausschlußfrist von sechs Monaten für den Bezirk der Stadt Hannover, mit Ausschluß der Altstadt Hannover, am 1. Juni 1881 beginnen soll.

Berlin, den 25. April 1881.

Der Justizminister.

Friedberg.

Bekanntmachung.

Nach Vorschrift des Gesetzes vom 10. April 1872 (Gesetz-Sammel. S. 357) sind bekannt gemacht:

- 1) die Allerhöchste Konzessions-Urkunde vom 16. Februar 1880, betreffend den Bau und Betrieb einer Eisenbahn von Goslar nach Grauhof und von Langelsheim nach Goslar durch die Braunschweigische Eisenbahn-gesellschaft, durch das Amtsblatt für Hannover, Jahrgang 1881 Nr. 18 S. 191 bis 193, ausgegeben den 29. April 1881;
- 2) der Allerhöchste Erlass vom 9. Juli 1880, betreffend die Verleihung des Enteignungsrechts an den Kreis Borken für die zum Bau einer Chaussee von Borken über Heiden, Großenkneten und den Bahnhof Reken bis zur Kreisgrenze in der Richtung auf Haltern erforderlichen Grundstücke, sowie des Rechts zur Erhebung des tarifmäßigen Chausseegeldes auf dieser Straße und den von den betreffenden Gemeinden zu übernehmenden Gemeindechausseen von Borken über Raesfeld bis zur Kreisgrenze bei Erle beziehungsweise bei Hecheltjen, von Anholt bis zur Niederländischen Grenze einerseits in der Richtung auf Gendringen und andererseits auf Dinxperlo und von Bocholt über Dingden bis zur Kreisgrenze in der Richtung auf Ringenberg und Wesel, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Münster, Jahrgang 1881 Nr. 14 S. 81, ausgegeben den 2. April 1881;
- 3) der Allerhöchste Erlass vom 14. Februar 1881, betreffend die Verleihung des Rechts zur Erhebung des tarifmäßigen Chausseegeldes an den Kreis Ruppin auf der von demselben erbauten Chaussee von Hohenofen über Sieversdorf bis zur Kreisgrenze in der Richtung auf Rhinow, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam Nr. 16 S. 167, ausgegeben den 22. April 1881;
- 4) das Allerhöchste Privilegium vom 14. Februar 1881 wegen eventueller Ausfertigung auf den Inhaber lautender Anleihe-scheine der Stadt Allenstein im Betrage von 312 000 Mark durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Königsberg Nr. 12 S. 67 bis 69, ausgegeben den 24. März 1881;
- 5) der Allerhöchste Erlass vom 16. Februar 1881, betreffend die Herabsetzung des Zinsfußes der beiden ersten Serien der auf Grund des Allerhöchsten Privilegiums vom 18. August 1875 aufgenommenen Anleihe der Stadt Magdeburg von vier und einhalb auf vier Prozent, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Magdeburg Nr. 13 S. 89, ausgegeben den 26. März 1881;

- 6) der Allerhöchste Erlass vom 21. Februar 1881, betreffend die Genehmigung der Anwendung der dem Chausseegeldtarif vom 29. April 1840 angehängten Bestimmungen wegen der Chausseepolizeivergehen auf den von dem Kreise Wanzleben nach den Kreistagsbeschlüssen vom 17. März 1877, 11. Mai 1877 und 11. Februar 1879 chausseemäßig ausgebauten Straßenstrecken, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Magdeburg Nr. 16 S. 143, ausgegeben den 16. April 1881;
- 7) das Allerhöchste Privilegium vom 21. Februar 1881 wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreisanleihecheine des Kreises Wanzleben im Betrage von 105 000 Mark durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Magdeburg Nr. 16 S. 143 bis 145, ausgegeben den 16. April 1881;
- 8) der Allerhöchste Erlass vom 2. März 1881, betreffend die Genehmigung des Uebergangs der den Grafen Henckel von Donnersmark für die von denselben erbaute Chaussee von Deutsch-Piekar über Neudek bis zur Polnisch-Russischen Grenze bei Niesdara verliehenen staatlichen Vorrechte auf den Kreis Beuthen bezüglich der in das Eigenthum desselben übernommenen Strecke des Trakts Deutsch-Piekar, Koslowagora, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Oppeln Nr. 13 S. 87, ausgegeben den 1. April 1881;
- 9) das unterm 2. März 1881 Allerhöchst vollzogene Statut der Rheinisch-Westfälischen Ruhr-Fischereigenossenschaft durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Düsseldorf Nr. 13 S. 113 bis 116, ausgegeben den 2. April 1881;
- 10) das unterm 2. März 1881 Allerhöchst vollzogene Statut für den Deichverband der Oldenoer See-Niederung auf Alsen durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Schleswig Nr. 16 S. 113/114, ausgegeben den 9. April 1881;
- 11) der Allerhöchste Erlass vom 7. März 1881, betreffend die Herabsetzung des Zinsfußes der in Gemäßheit des Allerhöchsten Privilegiums vom 19. November 1877 aufgenommenen Anleihe der Stadt Lauban von vier und einhalb auf vier Prozent, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Liegnitz Nr. 14 S. 79, ausgegeben den 2. April 1881;
- 12) der Allerhöchste Erlass vom 7. März 1881, betreffend die Verleihung des Enteignungsrechts an die evangelische Kirchengemeinde Volmarstein im Kreise Hagen behufs Erwerbung eines zur Anlegung eines Begräbnisplatzes erforderlichen Grundstücks, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Arnsberg Nr. 18 S. 119, ausgegeben den 30. April 1881;
- 13) das Allerhöchste Privilegium vom 7. März 1881 wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Anleihecheine der Stadt Kiel zum Betrage von 1 500 000 Mark durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Schleswig Nr. 15 S. 105 bis 107, ausgegeben den 2. April 1881;

- 14) das Allerhöchste Privilegium vom 9. März 1881 wegen Ausgabe von Schuldverschreibungen der Stadt Thorn zum Betrage von 600 000 Mark durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Marienwerder Nr. 14 S. 87 bis 89, ausgegeben den 7. April 1881;
- 15) der Allerhöchste Erlass vom 14. März 1881, betreffend die Verleihung des Rechts zur Erhebung des tarifmäßigen Chausseegeldes an den Kreis Niederbarnim für die von demselben erbauten Chausseen von Rummelsburg über Cöpenick nach Friedrichshagen mit einer Abzweigung nach dem Bahnhofe dafelbst und von Zerpenschleuse über Ruhlsdorf und Prenden nach Lanke, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam Nr. 16 S. 167, ausgegeben den 22. April 1881;
- 16) das Allerhöchste Privilegium vom 23. März 1881 wegen Ausgabe auf den Inhaber lautender Stadtanleihescheine der Stadt Perleberg zum Betrage von 210 000 Mark durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Potsdam Nr. 16 S. 165 bis 167, ausgegeben den 22. April 1881;
- 17) der Allerhöchste Erlass vom 28. März 1881, betreffend die Verleihung des Enteignungsrechts an den Kreis Neisse für die zum Bau einer Kreischaussee von Patschkau bis zur Oesterreichischen Landesgrenze in der Richtung auf Jauernig erforderlichen Grundstücke, sowie des Rechts zur Erhebung des tarifmäßigen Chausseegeldes auf dieser Straße, durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Oppeln Nr. 16 S. 114, ausgegeben den 22. April 1881;
- 18) das Allerhöchste Privilegium vom 28. März 1881 wegen Ausgabe auf jeden Inhaber lautender Anleihescheine der Stadt Stettin zum Betrage von 8 250 000 Mark Reichswährung durch das Amtsblatt der Königl. Regierung zu Stettin Nr. 15 S. 81/82, ausgegeben den 16. April 1881.

B e r i c h t i g u n g .

In der Verfügung des Justizministers, betreffend die Anlegung des Grundbuchs für die Bezirke der Amtsgerichte Bleckede und Celle sowie für Theile der Bezirke der Amtsgerichte Lüchow, Uelzen und Winsen a. d. L., vom 5. März d. J. (Gesetz-Samml. S. 118) ist Seite 119 Zeile 5 von oben statt „Wulffode mit Langlingen“ zu setzen „Wulffode mit Langlingen“.
